

**Änderungsanträge an Entwurf Europawahlprogramm zum Bundesparteitag**

*Beschluss aus der Klausurberatung des Landesvorstandes vom 17. – 19. Januar 2014*

---

- Beschluss:** Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen beschließt, folgende Änderungsanträge zu übernehmen und an den Bundesparteitag einzureichen.
- Politische Botschaft:** DIE LINKE. Sachsen bringt sich in die Debatte um das Europawahlprogramm ein. Dabei spielen auch, jedoch nicht nur, die vom Landesverband beschlossenen Leitlinien zum Thema Europa eine Rolle.
- Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:** Veröffentlichung im Internet ([www.dielinke-sachsen.de](http://www.dielinke-sachsen.de))
- Weitere Maßnahmen:** Versendung an Parteivorstand (nach Redigierung und ggf. Anpassung der Begründungen)
- Die Vorlage wurde abgestimmt mit:**
- Den Beschluss sollen erhalten:** Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator

**Abstimmungsergebnisse:**

- Antrag 1 - bei 2 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen  
Antrag 2 - bei 1 Enthaltung mehrheitlich beschlossen  
Antrag 3 - einstimmig beschlossen  
Antrag 4 - einstimmig beschlossen  
Antrag 5 - einstimmig beschlossen  
Antrag 6 - bei 4 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen  
Antrag 7 - einstimmig beschlossen  
Antrag 8 - bei einer Stimmenthaltung mehrheitlich beschlossen  
Antrag 9 - dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 7 → mehrheitlich beschlossen  
Antrag 10 - bei einer Gegenstimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen  
Antrag 11 - dafür: 11 dagegen: 4 Enthaltungen: 2 → mehrheitlich beschlossen  
Antrag 12 - mehrheitlich beschlossen  
Antrag 13 - einvernehmlich beschlossen  
Antrag 14 - bei 2 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen  
Antrag 15 - einstimmig beschlossen  
Antrag 16 - einvernehmlich beschlossen  
Antrag 17 - einvernehmlich beschlossen  
Antrag 18 - dafür: 9 dagegen: 1 Enthaltungen: 3 → mehrheitlich beschlossen  
Antrag 19 - bei einer Enthaltung mehrheitlich beschlossen  
Antrag 20 - bei 2 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen  
Antrag 21 - bei 4 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen

Antrag 22 - bei einer Enthaltung mehrheitlich beschlossen  
Antrag 23 - einstimmig beschlossen

F.d.R.

Dresden, 22.01.2014

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Antje Feiks', written in a cursive style.

Antje Feiks  
Landesgeschäftsführerin

## Änderungsanträge an das Europawahlprogramm (Entwurf L.1.)

**Vorbemerkung:** Leider wurde das auf der Website zur Verfügung stehende Antragsheft 1 in der Zeilennummerierung zwischenzeitlich geändert. Wir haben daher beide Versionen der Nummerierung versucht zu nennen.

### **Antrag I**

**Ersetze die Zeilen 2 bis 9 durch:**

„Die Europäische Union war und ist für viele Menschen ein hoffnungsvolles Projekt der Europäischen Integration, der Überwindung von Grenzen, des Friedens und wachsendem kulturellem Austausch. Gleichzeitig ist die Europäische Union in der Wahrnehmung vieler jedoch auch ein großer und bedrohlicher Riese mit massiven demokratischen Defiziten, einem gigantischen bürokratischen Apparat und einem Parlament das in seinen Rechten stark beschnitten ist. Dieser Vertrauensverlust in die EU als europäisches Projekt, der zum Erstarken vieler rechtspopulistischer bis hin zu nazistischen Parteien geführt hat, ist hausgemacht. Das Wachstum der Kompetenzen und der Wichtigkeit der Entscheidungen auf Europäischer Ebene geht keineswegs einher mit einer stärkeren Demokratisierung der Europäischen Union. Die konkrete Politik auf europäischer Ebene hat nicht zuletzt durch die neoliberale Krisenpolitik, die wachsende soziale Spaltung Europas vorangetrieben. Nach außen schottet sich die Europäische Union zunehmend ab und lässt zu, dass an Europas Grenzen Menschenjagd betrieben wird. Wir wollen, dass die Europäische Union wieder mit Recht als ein hoffnungsvolles Projekt des Friedens, der sozialen Sicherheit und der demokratischen Teilhabe verstanden werden kann.

#### **Begründung:**

Der bisherige Abschnitt ist in einer Sprache formuliert, die keineswegs darauf hindeutet, dass in den folgenden Textabschnitten konkrete Vorschläge für die Verbesserung der Situation vieler Menschen bieten. Als Ergebnis – und zwar Ergebnis „der EU“, nicht etwa konkreter europäischer Politik, lediglich Menschenjagden sowie faschistische und neonazistische Parteien zu nennen, trifft den Nagel nicht einmal in der Nähe des Kopfes. Gleichwohl stimmen ja einige der, wenn auch recht vulgär angesprochenen, Punkte aus der Einleitung. Deshalb dieser Ersetzungsantrag.

Der Landesverband Sachsen schließt ausdrücklich nicht aus, diesen Antrag zu Gunsten einer anderen/besseren Formulierung dieses Teils der Präambel (oder einer weiter gefassten Veränderung) zurückzuziehen.

### **Antrag II**

Ersetze in Zeile 20 „Klammergriff der Finanzmärkte“ durch „Dominanz der Märkte“

**Begründung:** Das alte Spiel: haben wir nur mit „den Finanzmärkten“ ein Problem oder nicht möglicherweise auch mit der allgemeinen Dominanz der Märkte.

### **Antrag III**

Ersetze in Zeile 27 „erwerbslos“ durch „ohne existenzsicherndes Einkommen“

**Begründung:** Das bringt das Problem auf den Punkt: Menschen haben kein existenzsicherndes Einkommen.

### **Antrag IV**

Ersetze in Zeile 44 „rechtsextreme“ durch „nazistische und faschistische“

**Begründung:** Wir teilen die Konzeption des „Extremismus“ nicht. Jetzt, wo wir dankenswerter Weise Kristina Schröder los sind, müssen wir deren schlechten Job nicht in unseren Papieren fortsetzen.

### **Antrag V**

Streiche in Zeile 52 „finanzgetriebenen“

**Begründung:** Es handelt sich nicht um eine „Krise des finanzgetriebenen Kapitalismus“, sondern um eine Krise des Kapitalismus. Als wäre ein nicht hauptsächlich finanzgetriebener Kapitalismus nicht auch krisenanfällig.

### **Antrag VI**

Ersetze in Zeile 143 (Online) 145 „Die Krise in Europa ist“ durch „Die Folgen der Krise in Europa sind“  
**Begründung:** Die Krise selbst ist in ihrer tiefen Ursache nicht Produkt einer falschen Konzeption der EU. Gleichwohl hat die EU-Konstruktion Fehler, die sich vor allem auf die Folgen der Krise (also auch: Verstärkung einzelner Aspekte) auswirken. Deshalb der Vorschlag zu dieser Umformulierung.

### **Antrag VII**

Ersetze in Zeile 170 (Online 172) „Der Finanzkapitalismus setzt auf Verschärfung sozialer Ungleichheit. Er setzt darauf Löhne und Gehälter zu drücken und die Reichen werden weitgehend aus der Finanzierung des Gemeinwesens zu entlassen.“ durch „Er verschärft in seiner Tendenz immer die soziale Ungleichheit. Löhne und Gehälter werden gedrückt und die Reichen weitgehend aus der Finanzierung des Gemeinwesens entlassen.“

**Begründung:** Die Tendenz zur Verschärfung der sozialen Ungleichheit ist dem Kapitalismus (nicht nur dem „Finanzkapitalismus“ immanent. Zudem wird die Dopplung „darauf setzen“ vermieden.

### **Antrag VIII**

Ersetze in Zeile 179 (Online 181) „Drei grundlegende Ursachen sind für die Krise in Europa verantwortlich:“ durch

„Drei grundlegende Faktoren waren als Auslöser der Krise von besonderer Bedeutung:“

**Begründung:** Die drei genannten Punkte sind sehr wohl relevant für den Krisenverlauf. Sie sind aber nicht die Ursache der Krise. Wären sie das, hieße dass, hätte es diese 3 Faktoren nicht gegeben, hätten wir diese Krise nicht. Das ist zumindest dann schwerlich der Fall, wenn man annimmt, dass diese Krise grundlegender Ausdruck des nicht-Zurechtkommens des Kapitalismus mit seinen selbst produzierten Produktivitätssteigerungen.

### **Antrag IX**

Ersetze in Zeile 271 (Online 273) „dass Verursacher und Profiteure der Krise“ durch „dass Profiteure der Krise“  
**Begründung:** Es gibt Profiteure der Krise, aber keine einzeln identifizierbaren Verursacher. Das Gerede von Krisenverursachern ist keine Kapitalismus-, sondern eine Kapitalistenkritik.

### **Antrag X**

Ersetze in Zeile 279 (Online 281) „Finanzmärkte“ durch „Märkte“

**Begründung:** Man sieht es bei zahlreichen politischen Entscheidungen und deren Begründungen: immer wieder erfolgt der Verweis auf die Zwänge des Marktes. Das trifft keineswegs nur auf „Finanzmärkte“ zu.

### **Antrag XI**

Streiche in Zeile 314 (Online 316) „Das Finanzsysteme braucht keine Spielbanken.“

Begründung: Wenn Spielbank heißt, dass Mittel (Geld) mit einem Risiko (spekulatives Moment) irgendwo eingesetzt wird, um (etwas) zu gewinnen (Profit), dann stimmt der Satz zumindest insofern nicht, als dass der Kapitalismus (auch wenn wir das nicht gut finden) eben genau diese „Spielbanken“ braucht.

### **Antrag XII**

Ersetze in Zeile 335 (Online 337) „Die wirklichen Verursacher und Profiteure der Krise“ durch „Die Profiteure der Krise und ihre bisherigen VerwalterInnen“

**Begründung:** Es gibt Profiteure der Krise, aber keine einzeln identifizierbaren Verursacher. Das Gerede von Krisenverursachern ist keine Kapitalismus-, sondern eine Kapitalistenkritik.

### **Antrag XIII**

Ersetze in Zeile 445 (Online 447) „Massenarbeitslosigkeit“ durch „Massenerwerbslosigkeit“

**Begründung:** So ist es präziser.

### **Antrag XIV**

Ersetze Zeile 576 bis 580 (Online 579 bis 583) durch: „Immer mehr Menschen in Europa setzen sich individuell oder gemeinsam mit anderen organisiert für ein soziales Bedingungsloses Grundeinkommen ein. Viele von ihnen sehen, dass die Kopplung der Teilhabesicherung mit dem Zugang zu Erwerbsarbeit mittlerweile einen Anachronismus darstellt. Wir teilen diese Einsicht und das

grundlegende Bestreben der BGE- Bewegung, ein existenzsichernde Einkommen unabhängig von Erwerbsarbeit zu ermöglichen. Wir werden das Konzept des BGE daher in unserer Partei weiter diskutieren und begrüßen alle Initiativen, die einen Beitrag zur Weiterentwicklung eines sozialen BGE leisten. Entsprechende Diskussionsbeiträge und Prüfaufträge unterstützen wir auch auf europäischer Ebene.“

**Begründung:** In Europa wächst die Zahl derer, die sich (mittels Petitionen, Unterschriftensammlungen, Veranstaltungen, Organisierung, ...) für ein BGE einsetzen. Wir sollten darauf hinweisen, nicht nur darauf, dass es Teile der LINKEN vertreten. Auch der Grund, warum viele sich für das BGE begeistern, kann genannt werden. Wir können diesen Grund teilen, auch wenn nicht alle bei uns das Konzept BGE als Antwort teilen. Ansonsten haben wir alle anderen ursprünglichen Intentionen der bisherigen Formulierung beibehalten.

#### **Antrag XV**

Ergänze in Zeile 891 (Online 896) nach „Entscheidungen“ den folgenden Satz: „Perspektivisch wollen wir, dass es sich bei der Europawahl um eine europäische Wahl eines echten europäischen Parlaments handelt und nicht, wie derzeit, de facto um nationalstaatliche Wahlen von Teilparlamenten, die sich dann als Europäisches Parlament versammeln.“

**Begründung:** Das Europäische Parlament ist bisher nicht wirklich „europäisch“. Einzelne Länder haben feste Sitzkontingente und wählen über die Listen nationalstaatlicher Parteien ihre Abgeordneten. Gewissermaßen entspräche dies einem Bundestag, der sich aus den (extra dafür gewählten) Landtagen zusammensetzt. Für die Stärkung der europäischen Ideen – und auch des Parlaments – wäre es sicher wertvoll, das dahingehend zu verändern, dass wir eine tatsächliche europäische Wahl stattfinden lassen.

#### **Antrag XVI**

Ersetze in Zeile 960 „auf 25.000 Euro begrenzen“ durch „auf je 25.000 Euro“

**Begründung:** Gemeint sind mit großer Sicherheit 25.000 Euro je natürlicher Person und nicht, wie es die bisherige Formulierung nahe legt, 25.000 insgesamt.

#### **Antrag XVII**

Ergänze nach Zeile 1021 folgenden Punkt:

„Staaten, die wie beispielsweise Ungarn, antisemitische, antiziganistische und andere Formen der Diskriminierung und Verfolgung von Menschen von Seiten des eigenen Staatsapparates oder durch Duldung praktizieren, müssen im Rahmen der Möglichkeiten von der Europäischen Union politisch sanktioniert werden.“

**Begründung:** Die EU ermöglicht nach den EU-Verträgen politische (!) Sanktionen, wie Stimmrechtsentzug, wenn Staaten wesentlich gegen politische Grundvereinbarungen verstoßen. Dieses Mittel muss auch gegenüber Ungarn, dass Teile seiner eigenen Bevölkerung drangsaliert, diskriminiert und verfolgt, eine Möglichkeit sein. Es geht an dieser Stelle dezidiert nicht um wirtschaftliche Sanktionen.

#### **Antrag XVIII**

Ergänze in Zeile 1135 (Online 1141) nach „werden“: Dies betrifft bei Polizeiausbildungen keine Schulungen, die sich alleinig auf Menschenrechtsbildung und gänzlich gewaltfreie Konfliktlösung beziehen.

**Begründung:** Diese Ausnahmen sollte man machen, da die vermittelten Inhalte in diesen Fällen auch keineswegs die autoritären Elemente einer autoritären Herrschaft stärken würden.

#### **Antrag XIX**

Der folgende Abschnitt aus dem Antrag L.2. (Dehm und weitere, Zeilen 88 - 93) wird sinngemäß übernommen und nach dem Satz in Zeile 891 (Online 896) eingefügt:

„Das Europäische Parlament hat weniger Befugnisse als jedes nationale Parlament: Es darf nur über Initiativen entscheiden, die ihm „von oben“, namentlich der Kommission und dem Europäischen Rat, auch „erlaubt“ werden. Es hat bisher nicht einmal das Recht auf Rechtsetzungsinitiativen. Auch unterliegt die EU-Kommission nicht der parlamentarischen Kontrolle durch das Europäische Parlament, wie dies bei den Regierungen der Mitgliedsstaaten durch die jeweiligen Parlamente der Fall ist.“

**Begründung:** Gute Zusammenfassung der Mängel des EP.

### **Antrag XIX**

Der folgende Abschnitt aus dem Antrag L.2. (Dehm und weitere, Zeilen 218 - 221) wird sinngemäß übernommen und nach dem Satz in Zeile 467 (Online 470) eingefügt:

„Wenn durch Roboter und weitere Technisierung Jahr für Jahr milliardenfach weniger Handgriffe nötig werden, um die gleiche Ware schneller zu produzieren, so kann und muss die Arbeitszeit bei gleichem Lohn um genau diese durch Produktivitätssteigerungen weggefallenen Handgriffe gekürzt werden. Weniger Arbeitszeit heißt für Viele: bessere Arbeit“

**Begründung:** Beschreibt die Gründe, die für Arbeitszeitverkürzung sprechen recht plastisch.

### **Antrag XX**

Der folgende Abschnitt aus dem Antrag L.2. (Dehm und weitere, Zeilen 253 - 256) wird sinngemäß übernommen und nach dem Satz in Zeile 1178 (Online 1182) eingefügt:

„Nur Menschenliebe macht Europa zu einem Zuhause, eines, wo Hände über den Graben gereicht werden. Wo um Reichtum jedoch Todesstreifen gebaut werden, hat Glück keine Zukunft. Die einen mögen es mit Jesus Christus begründen, die Anderen mit Karl Marx: Ein Umgang mit Menschen wie auf z.B. Lampedusa hat mit Nächstenliebe und Solidarität nicht das Geringste gemein.“

**Begründung:** Erklärt sprachlich – auch für uns teilweise untypisches Klientel – sehr explizit, dass der praktizierte Umgang mit Geflüchteten mit jedweden Formen eines humanen Selbstanspruches unvereinbar ist.

### **Antrag XXI**

Der folgende Abschnitt aus dem Antrag L.2. (Dehm und weitere, Zeilen 312 - 313) wird sinngemäß übernommen und nach dem Satz in Zeile 748 (Online 752) („...ist“) eingefügt:

„Die Sonne gehört niemandem, die Sonnenenergie aber allen.“

**Begründung:** Scheener Satz, gammer machn, nu.

### **Antrag XXII**

Füge in Zeile 751 vor „Profite“ das Wort „keine“ ein.

**Begründung:** wurde ganz offenkundig vergessen :)